

## NACHRICHTEN

**Kriegsgefangener aus Nordkorea geflohen**

SEOUL: Erneut ist ein südkoreanischer Soldat aus dem Korea-Krieg (1950-53) nach mehr als vier Jahrzehnten Gefangenschaft aus Nordkorea geflohen. Er kehrte in seine Heimat zurück. Der 70-jährige Seo Byong Yol sei vor kurzem über ein «drittes Land» nach Südkorea gekommen, teilte der Staatliche Nachrichtendienst (Geheimdienst) in Seoul am Freitag mit. Ausser Seo seien drei Nordkoreaner ebenfalls nach ihrem Aufenthalt in einem Drittland kürzlich nach Südkorea gekommen und hätten um Asyl nachgefragt. Einzelheiten zu den Fluchtwegen und Namen des Drittlandes wurden wie in ähnlichen Fällen in der Vergangenheit nicht bekannt gemacht. Nach seiner Gefangennahme im Juli 1953 durch chinesische Verbände habe Seo als Arbeiter in einem Kohlenbergwerk in der nordöstlichen Provinz Hamgyong im Norden der geteilten Halbinsel gearbeitet, hiess es. Seo sei bereits im Dezember 1998 die Flucht gelungen. Er habe Angehörige in Südkorea. Mehr als 100 südkoreanische Soldaten sollen noch in nordkoreanischer Gefangenschaft leben.

**Israelisch-palästinensische Drohungen**

TEL AVIV/RAMALLAH: Einen Tag nach der Tötung von vier mutmasslichen palästinensischen Terroristen durch israelische Sicherheitskräfte haben Israelis und Palästinenser am Freitag scharfe Drohungen ausgetauscht. Der palästinensische Parlamentspräsident Ahmed Korei (Abu Ala) warnte, die Palästinenser würden israelisch besetzte Gebiete im Westjordanland «einseitig übernehmen», wenn Israel seine Truppen nicht in Einklang mit den unterzeichneten Abkommen abziehe. Der israelische Sicherheitsminister Shlomo Ben Ami erklärte daraufhin, Israel werde bei jeder Konfrontation mit der palästinensischen Polizei die Oberhand behalten. Ben Ami warnte im Radio vor einseitigen Schritten. Die Palästinenser wüssten genau, «dass Israel stärker ist». Nach dem Zwischenabkommen von Sharm el Sheikh hätten die Israelis den Palästinensern am 20. Januar weitere 6,1 Prozent des Westjordanlandes übergeben müssen.

**Verstösse bei ukrainischer Präsidentenwahl**

KIEW: Die Wiederwahl des ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma im Herbst 1999 ist nach Ansicht internationaler Beobachter durch zahlreiche Verstösse begünstigt worden. Der Staatsapparat habe sich eindeutig zu Gunsten des Amtsinhabers in den Wahlkampf eingemischt. Das kritisierte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am Freitag in Kiew. Der Verlauf bedeute einen Rückschritt im Vergleich zur Parlamentswahl 1998 und sei insgesamt eine Enttäuschung, sagte der Leiter des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte, Gerard Stoudmann. Kutschma hatte mit Hilfe einer aggressiven Medienkampagne seinen kommunistischen Herausforderer Pjotr Simonenko in einer Stichwahl besiegt. «Das passable Wahlgesetz wurde selektiv zu Gunsten Einzelner angewendet», kritisierte Stoudmann. Im Wahlkampf habe die Justiz nach einem bis heute nicht aufgeklärten Bombenanschlag auf eine Kandidatin der Sozialisten den Verdacht öffentlich auf einen aussichtsreichen Herausforderer Kutschmas gelenkt. Staatsbeamte hätten zudem mehrfach ihre Stimme abgegeben, bemängeln die Beobachter in ihrem Abschlussbericht.

Die OSZE hat nach eigenen Angaben noch nicht entschieden, ob sie auch die geplante Volksabstimmung in der Ukraine am 16. April beobachten wird.

**Grossdemonstration gegen serbisches Regime**

BELGRAD: Führer der serbischen demokratischen Opposition sind am Freitag in Belgrad zusammengetroffen, um über eine Grossdemonstration gegen das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic zu entscheiden. Sie wollten auch eine am Vortag vereinbarte politische Plattform zum gemeinsamen Vorgehen unterzeichnen. Anwesend sind die Vorsitzenden aller wichtigen oppositionellen Parteien mit Ausnahme von Vuk Draskovic, dem Chef der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO). Einige Oppositionsführer sind gegen den Protest, weil sie mögliche Provokationen seitens des Regimes befürchten. Die Mehrheit der Parteien befürwortet aber eine Protestkundgebung.

**Zu Nahost-Spitzentreffen bereit**

Der Schweizer Aussenminister zu Besuch im Libanon - Investitionsschutzabkommen unterzeichnet

BEIRUT: Die Schweiz ist bereit, einen syrisch-israelisch-amerikanischen Nahost-Gipfel durchzuführen, falls dies von allen Seiten gewünscht wird. Dies erklärte Bundesrat Joseph Deiss am Freitag in der libanesischen Hauptstadt Beirut.

Bei seinem Gespräch mit dem syrischen Staatschef Hafis el Assad am Mittwoch in der syrischen Hauptstadt Damaskus habe er die Bereitschaft der Schweiz erwähnt, im Einvernehmen mit allen Parteien zu einer Lösung beizutragen.

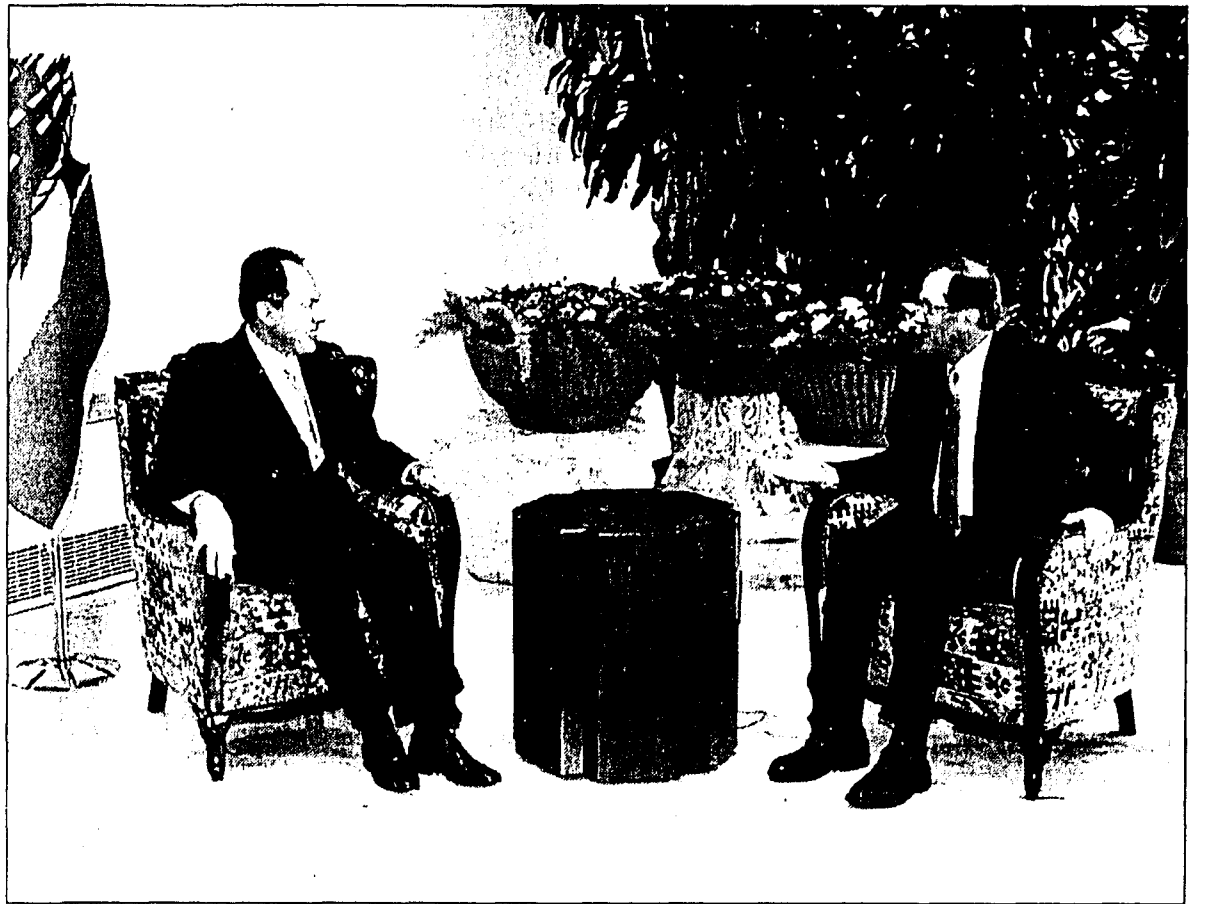
Eine Einladung oder sogar ein Datum existierten aber nicht, stellte der Schweizer Aussenminister vor den Medien klar. An einem eventuellen Gipfel in der Schweiz könnten nach arabischen Zeitungsberichten Assad, US-Präsident Bill Clinton und der israelische Ministerpräsident Ehud Barak teilnehmen.

**«Botschaft auf Interesse gestossen»**

Mit US-Vertretern habe er zu diesem Thema keine Kontakte gehabt, sagte Deiss. Ob er dem israelischen Aussenminister David Levy, der Mitte Monat in der Schweiz erwartet wird, eine Botschaft Assads überbringe, wollte Deiss nicht sagen. Er sagte leidetig, offenbar sei sein Signal auf Interesse gestossen.

Der Schweizer Aussenminister warnte davor, ein einziges Thema seines Nahost-Besuchs hochzustilisieren. Im Friedensprozess in der Region gebe es Optimismus ebenso wie Pessimismus.

Er selbst hoffe aber auf eine Neulancierung in den nächsten Wochen. Deiss hatte sich am Morgen erstaunt über die heftigen Reaktionen



Bundesrat Joseph Deiss, rechts, unterhielt sich gestern in Beirut mit dem libanesischen Präsidenten Emile Lahoud. Libanon ist die letzte Station der Nahostreise von Deiss.

auf andere seiner Aussagen in Syrien gezeigt. Er habe nur die bereits bekannte Position der Schweiz wiederholt, verteidigte sich der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Deiss hatte die Annexion der Golan-Höhen durch Israel als illegal bezeichnet und einen israelischen Rückzug verlangt.

Daraufhin hatte der israelische Botschafter in der Schweiz, Jitzchak Mayer, angekündigt, dazu wünsche Israel beim Levy-Besuch «Erläuterungen». Deiss führte am Freitag

zahlreiche politische Gespräche mit der libanesischen Führung, so mit dem Präsident Emile Lahoud, Premierminister Selim Hoss, Finanzminister Georges Corm und Parlamentspräsident Nahib Berry. Zudem traf er mit Menschenrechtsaktivisten und UNO-Vertretern zusammen.

Bei dem Gespräch mit Berry ging es unter anderem um einen verstärkten Austausch zwischen Parlamentariern aus beiden Ländern, vor allem bei ausserpolitischen Fragen. Dies sagte Nationalrat Hans Widmer (SP/LU), der an

den Gesprächen teilnahm. Ähnliches sei bereits in Kairo mit ägyptischen Parlamentariern vereinbart worden. Deiss und Corm unterzeichneten ein Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Libanon. Deiss nannte den Vertrag ein Zeichen der Hoffnung für die Zukunft. Er solle dazu beitragen, die bereits intensiven Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern auszubauen. Dies betreffe vor allem das Industrie- (Zement, Pharma) und das Bankwesen.

**Pinochet in seiner Heimat angekommen**

Chile ist bereit für einen Prozess gegen den Ex-Diktator

SANTIAGO DE CHILE: Einen Tag nach seiner Entlassung aus britischem Auslieferungsrückkehr am Freitag in Santiago angekommen. Die Boeing-707 landete am Morgen (Ortszeit) in der Hauptstadt.

Der 84-Jährige erhob sich aus seinem Rollstuhl und schritt mit seinem Stock über das Flughafengelände, wo er von mehreren hundert Anhängern, darunter hochrangige Militärs, gefeiert wurde. Auch die Pinochet-Stiftung, eine Ansammlung von Unternehmern, rechten Politikern und Militärs im Ruhestand bereitete Jubelfeiern für den Ex-Diktator vor.

Die Armee betonte, sie stehe auch in Zukunft zum Ex-General. Nach mehr als 16 Monaten Hausarrest hatte die britische Regierung Pinochet am Donnerstag aus gesundheitlichen Gründen in seine Heimat entlassen.

Unterdessen bekräftigten führende Politiker ihren Willen, den Ex-Juntachef vor Gericht zu bringen. «Der Augenblick ist gekommen zu zeigen, dass die Justiz unseres Landes General Pinochet vor Gericht stellen kann», sagte der designierte chilenische Staatschef Ricardo Lagos der italienischen Tageszeitung «La Repubblica» vom Freitag.

**60 Strafverfahren hängig**

Gegen den Ex-Diktator Pinochet sind in Chile inzwischen 60 Strafverfahren anhängig. Auch nach den Worten des amtierenden Präsidenten Eduardo Frei soll Pinochet in seiner Heimat vor Gericht gestellt werden. Lagos tritt sein Amt am 11. März an. Grossbritannien hatte am Donnerstag Auslieferungsgesuche mehrerer europäischer Staaten,



Augusto Pinochet winkt bei der Ankunft seinen Anhängern zu.

darunter der Schweiz, abgelehnt. Die Pinochet wegen Menschenrechtsverstössen unter seiner Militärrherrschaft (1973-1990) vor Gericht stellen wollten. Der General war aufgrund eines spanischen Haftbefehls festgenommen worden.

Unmittelbar nach seiner Ankunft in Santiago startete Pinochet per Helikopter ins Militärhospital im Stadtteil Providencia. Vor dem Militärspital waren bereits seit Donnerstag rund 400 Anhänger des Diktators versammelt. Pinochet soll einige Tage im Spital zur Beobachtung bleiben.

**Stiller Protest**

Vor der Moneda, dem Regierungssitz, versammelten sich Angehörige der knapp 3200 Menschen, die während der Diktatur ermordet wurden, zu einem stillen Protest. «Wir empfinden Ärger und Ohnmacht angesichts der Freilassung Pinochets», sagte Patricia Silva, Vorsitzende einer chilenischen Men-

schenrechtstuppe, deren Bruder 1987 vom Militär getötet wurde.

Spaniens Aussenminister Abel Matutes wies Berichte über angebliche Geheim-Abreden mit Grossbritannien und Chile zur Freilassung Pinochets am Freitag zurück. Den Vorwurf hatte unter anderem der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzon erhoben.

Der Richter hatte Madrid vergeblich aufgefordert, die Freilassung Pinochets in London mit einem Einspruch zu blockieren. Die sozialistische Opposition warf Madrid Heuchelei vor. Die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher verabschiedete Pinochet einem Bericht der chilenischen Zeitung «La Tercera» vom Freitag zufolge mit einem Seitenhieb auf Spanien. Sie schenkte ihrem guten Bekannten einen Silberteller, der aus Anlass des britischen Sieges in der Seeschlacht gegen die spanische Armada 1588 angefertigt worden war.

**Schatten einer dunklen Vergangenheit**

SANTIAGO DE CHILE: Was viele befürchtet hatten, traf am Freitag noch vor der Ankunft des chilenischen Ex-Diktators Augusto Pinochet in der Heimat ein. Die geforderte Rückkehr des 84-Jährigen aus dem Londoner Hausarrest sorgte für Streit zwischen der gewählten demokratischen Regierung und den Militärs.

Die Militärs walteten bisher wie ein Staat im Staate. So bestimmen sie auch zehn Jahre nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie

die Besetzung der Führungspositionen immer noch selbst.

Kaum hatte die Regierung von Eduardo Frei am Vorabend vertraulich darauf hingewiesen, dass militärische Begrüßungsfeiern des Diktators mit deutscher Marschmusik vielleicht nicht ganz angemessen sei, hing der Hausseggen in Chile schief.

Pinochet warf den langen Schatten einer düsteren Vergangenheit auf das Land, noch bevor er überhaupt gelandet war. Ranghohe Mi-

litärs und Sicherheitskräfte in Zivil wiesen vor laufenden Kameras seit langem angemeldete in- und ausländische Journalisten zurück, die das Geschehen auf dem Flughafen in Santiago verfolgen wollten. Die lapidare Begründung lautete wie in solchen Fällen üblich «Sicherheitsbedenken». Eine Diskussion gab es nicht, Pressefreiheit hin oder her. Nach Protesten der Medien mussten die gedemütigten Militärs die Journalisten eine halbe Stunde später wieder an das Rollfeld heranlassen.